

**15. Sitzung des Deutschlandradio-Verwaltungsrates (V. Amtsperiode), 29. März 2018
Ergebnisse und Teilnehmer****Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse der Sitzung**

Der Verwaltungsrat von Deutschlandradio trat am 29. März zu seiner 15. Sitzung der laufenden Amtsperiode zusammen. Er nahm u. a. den Bericht zur Ausführung des Wirtschaftsplans 2017 (Stand 31.12.2017) zur Kenntnis: Die Hochrechnung zeigt per 31. Dezember 2017 mit einem Haushaltsüberschuss in Höhe von 39,4 Mio. Euro ein gegenüber der Planung um 11,4 Mio. Euro verbessertes Finanzergebnis, die Rücklagenzuführung erhöht sich entsprechend. Der Ertrags- und Aufwandsplan wird voraussichtlich mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 4,1 Mio. Euro damit um 25,4 Mio. Euro besser als geplant abschließen. Dabei liegen die Erträge um 6,2 Mio. Euro über den Planannahmen, die Aufwendungen um 19,2 Mio. Euro unter den Planannahmen.

Der Intendant berichtete dem Gremium von der am Vortag veröffentlichten erfreulichen Media Analyse 2018 Audio 1 (vormals MA Radio). Die Ergebnisse zeigten, dass die Programmfamilie von Deutschlandradio ihre Spitzenstellung unter den gehobenen Programmen weiter habe ausbauen können. Der Deutschlandfunk habe in der Tagesreichweite deutlich zulegen können und komme nun auf über 1,8 Mio. Hörerinnen und Hörer. Deutschlandfunk Kultur habe in der Tagesreichweite verloren und komme nun auf 420.000 Hörer bundesweit. Deutschlandfunk Nova, das ohne eigene UKW-Frequenz ausschließlich digital verbreitet werde, sei mit regelmäßig 320.000 Hörerinnen und Hörern im weitesten Hörerkreis stabil.

Der Intendant informierte das Gremium außerdem über die am 25. Mai 2018 in Kraft tretende europäische Datenschutzgrundverordnung, die dann auch auf Deutschlandradio unmittelbar anzuwenden sei. Für Deutschlandradio bedeute dies sorgfältige Vorbereitungen, denn damit seien vor allem verstärkte Dokumentations- und Rechenschaftspflichten und Betroffenenrechte verbunden. Die Vorgaben seien hier detailliert und beträfen viele Bereiche der personenbezogenen internen Datenerfassung, die angepasst werden müssten. Der Intendant erläuterte, das erweiterte Auskunftsrecht bedeute, dass betroffene Personen erfragen können müssten, welche ihrer Daten an welcher Stelle, zu welchem Zweck und auf welcher Rechtsgrundlage bei Deutschlandradio gespeichert seien; diese Anfragen müssten binnen Monatsfrist beantwortet werden.

Er unterrichtete die Mitglieder des Gremiums außerdem über den Stand der Befassung der Medienpolitik mit den Berichten, die ARD, ZDF und Deutschlandradio zu „Auftrag und Strukturoptimierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks“ verfasst hatten, zu den Baumaßnahmen auf dem benachbarten Gelände der Deutschen Welle, dem abgeschlossenen Projekt der Umstellung der Gehalts- und Honorarabrechnung mit dem WDR, berichtete aus dem Anlagenausschuss und von der zum zweiten Mal durchgeführten Positionierungsstudie, die deutlich gemacht habe, dass den Hörerinnen und Nutzern der Deutschlandradio-Programme eine hohe Glaubwürdigkeit ihres Programmes wichtig sei. 86 Prozent der Befragten haben unterstrichen, der Deutschlandfunk „leiste wichtige Arbeit für unsere Demokratie“.

Den vorgeschlagenen Beschaffungen/Beauftragungen wurde zugestimmt.

Folgende Mitglieder des Verwaltungsrates haben an der Sitzung teilgenommen:

Dr. Thomas Bellut (Vorsitzender des Deutschlandradio Verwaltungsrates)
Tom Buhrow (Stellvertretender Vorsitzender des Deutschlandradio Verwaltungsrates)

Karin Brieden, Björn Böhning, Stefan Grüttner, Patrica Schlesinger

* * *

Zusätzliche Informationen zum Deutschlandradio Verwaltungsrat, über seine Mitglieder und Arbeitsschwerpunkte finden sich unter <http://www.deutschlandradio.de/gremien>